

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. März 1984

am Donnerstag, dem 15. März 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig (SPD)	2	Pauli (SPD)	69, 70
Broll (CDU/CSU)	36	Rapp (Göppingen) (SPD)	51, 52
Conradi (SPD)	27, 28	Roth (SPD)	3, 4
Dr. Czaja (CDU/CSU)	21, 22	Dr. Rumpf (FDP)	40, 41
Frau Dr. Czempiel (SPD)	86, 87	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	93, 94
Delorme (SPD)	88, 90	Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)	65, 66
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	53, 54	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	91, 92
Eigen (CDU/CSU)	58, 59	Dr. Scheer (SPD)	18, 19
Gilges (SPD)	83, 84	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	81, 82
Hinsken (CDU/CSU)	33, 34	Dr. Schöffberger (SPD)	13, 14
Dr. Hirsch (FDP)	24	Frau Schoppe (DIE GRÜNEN)	63, 64
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	48	Sielaff (SPD)	85, 89
Jaunich (SPD)	79, 80	Frau Simonis (SPD)	49
Dr. Jens (SPD)	44	Dr. Soell (SPD)	23, 29
Kalisch (CDU/CSU)	37, 38	Dr. Sperling (SPD)	47, 55
Kirschner (SPD)	60, 61	Stahl (Kempfen) (SPD)	30, 31
Krizsan (DIE GRÜNEN)	1	Frau Steinhauer (SPD)	25, 26
Kuhlwein (SPD)	15, 16	Stiegler (SPD)	32, 45
Lambinus (SPD)	77, 78	Stutzer (CDU/CSU)	56, 57
Dr. Laufs (CDU/CSU)	35	Vahlberg (SPD)	73, 74
Lowack (CDU/CSU)	68	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	62, 95
Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	17, 50	Westphal (SPD)	46
Milz (CDU/CSU)	71, 72	Wilz (CDU/CSU)	75, 76
Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	67	Dr. de With (SPD)	5, 6
Dr. Nöbel (SPD)	7, 8	Würtz (SPD)	20
Dr. Olderog (CDU/CSU)	39	Zierer (CDU/CSU)	11, 12
Paterna (SPD)	9, 10	Frau Zutt (SPD)	42, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	14

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Auf Grund welcher Information des Bundeskriminalamts oder der Bundesanwaltschaft wurden die deutschen Staatsbürger Christiane Ensslin und Malte Vorbeck am 28. September 1983 in Ragusa/Italien von der italienischen Polizei verhaftet und unter unwürdiger Behandlung am 1. Oktober 1983 ausgewiesen, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen im Rahmen des EG-Rechts?
2. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, und welche Vorschläge hatte sie gemacht, um eine Textfassung für eine weltweite „Anti-Folter-Konvention“ zu erreichen, die einen besseren Menschenrechtsschutz gewährleistet als jener Textentwurf zu einer „Anti-Folter-Konvention“, dem die UNO-Menschenrechtskommission am 7. März 1984 in Genf zugestimmt hat, und der die Regelung enthält, daß rechtmäßige körperliche Strafen erlaubt bleiben, und in den Durchsetzungsmechanismen ausgeklammert sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

3. Abgeordneter
Roth
(SPD) Waren die jüngst in Bonn geführten Gespräche des Bundesverkehrsministers mit seinem französischen Kollegen erfolgreich?
4. Abgeordneter
Roth
(SPD) Gibt es besondere Belastungen in der Zusammenarbeit zwischen dem französischen und dem deutschen Verkehrsminister?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

5. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß der vom Bundespostministerium zum 1. April 1984 angekündigte tägliche „Horoskopdienst“ per Telefon den Anschein größerer Verlässlichkeit gewährleistet, weil er von einer staatlichen Einrichtung angeboten wird?
6. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Woher nimmt die Deutsche Bundespost die Grundlagen für jenen „Horoskopdienst“, und welche Vorstellungen hat sie von den Auswirkungen dieses Dienstes?
7. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Hat die Bundesregierung konkrete Vorstellungen über den Zeitpunkt des Einsatzes des direktstrahlenden Satelliten (TV-Sat) in einer präoperativen und operativen Phase?
8. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Gibt es konkrete Einsatzpläne für den direktstrahlenden Satelliten, auch im Zusammenhang mit dem Fernmeldesatelliten (ECS)?

9. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Mit welchen Übertragungskosten für Fernsehprogramme ist beim Einsatz von Fernmeldesatelliten und beim direktstrahlenden Rundfunksatelliten zu rechnen, und welche Kostenkalkulation liegt diesen Preisen zugrunde?
10. Abgeordneter
Paterna
(SPD) Von welchen Voraussetzungen sollte die Deutsche Bundespost die Anmietung von Fernmeldesatellitenkanälen bzw. die Bestellung von Fernmeldesatelliten und des operationellen direktstrahlenden Rundfunksatelliten abhängig machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

11. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Welche Regelung hält die Bundesregierung in der Verordnung über Heizkostenabrechnung für erforderlich, um sicherzustellen, daß es dem Vermieter wie bisher möglich ist, die tatsächlich bestehenden Kosten für ein eigenes Blockheizwerk (Fernheizwerk) auf die Mieter umzulegen, wenn und soweit die Grundkosten des Heizwerkes nicht bereits in der Miete enthalten sind, damit die Vermieter durch die Neuordnung des Berechnungsrechts keine unzumutbaren Verluste erleiden?
12. Abgeordneter
Zierer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Neuregelung der Neubaumietenverordnung 1970 (NMV 1970) und der Verordnung über Heizkostenabrechnung gemäß BR-Drucksache 483/83 dem Vermieter eine Umlage von Grundkosten eines eigenen Blockheizwerkes (Fernheizwerkes) bei bestehenden Verträgen abgeschnitten wird, weil nach § 7 der Verordnung über Heizkostenabrechnung Fernwärme nur vorliegen soll, wenn das Heizwerk einem Dritten gehört (Begründung zur BR-Drucksache 632/80 Seite 17 und 27), während die bisherige Fassung der NMV (§ 22 Abs. 4) die Umlage zuläßt, wenn die Wärmelieferung von einer anderen Wirtschaftseinheit erfolgt?
13. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag die Einführung einer besonderen Wohngeldstufe für Millionen-Städte vorschlagen, und bis wann ist damit zu rechnen?
14. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Mietern von Sozialwohnungen bestimmter Förderjahrgänge, die in Folge des stufenweisen Wegfalls degressiver Zuschüsse an besonderen Mietpreissteigerungen zu leiden haben, durch eine Nachsubventionierung ihrer Wohnung zu helfen oder die Länder zu einer solchen Nachsubventionierung zu veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

15. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung des Schulbau-Instituts der Länder als der einzigen gemeinsamen Einrichtung der Kultusminister aller Bundesländer in Berlin (West) unter dem Gesichtspunkt der Präsenz von möglichst vielen überregionalen Institutionen in der Stadt?

16. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Aussage des Bundeskanzlers „Beim Schüler- und Studenten-BAföG war möglicherweise der Kahlschlag zu hart.“?
17. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glötz
(SPD) Wie weit sind die Bemühungen der Bundesregierung gediehen, mit allen an der Berufsbildung Beteiligten den Vorschlag zu erörtern, künftig in der Regel die männliche und die weibliche Berufsbezeichnung nebeneinander zu verwenden, und welche Zeitvorstellungen hat die Bundesregierung entwickelt, bis wann die einheitliche männliche und weibliche Bezeichnung der Ausbildungsberufe realisiert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

18. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Verteidigungsminister der NATO-Euro-Group, daß die Zusammenlegung der START- und INF-Verhandlungen zu befürworten ist?
19. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion und im Einvernehmen mit der NATO-Euro-Group, bei der amerikanischen Regierung für eine Zusammenlegung der START- und der INF-Verhandlungen aktiv einzutreten?
20. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie war es möglich, daß ein fernschriftlicher Bericht des deutschen Botschafters in Togo über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten nicht nur auszugsweise zitiert, sondern mit Aktenzeichen nebst Vermerk „VS nur für den Dienstgebrauch“ im vollen Wortlaut im „Bayernkurier“ abgedruckt werden konnte?
21. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nach allgemeinem Völkerrecht die Anerkennung des jeweiligen anderen Staates als Völkerrechtssubjekt auch in seinen Grenzen beinhaltet, und kann sich das auch auf die deutsche Frage auswirken?
22. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Warum ist eine „gemischte deutsch-polnische Regierungskommission“ nicht auch ein „adäquater Rahmen“ (Protokoll 10/57 S. 4096) zur Behandlung der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Deutschen (jahrelange Trennung zehntausender deutscher Familien, fehlende Erledigung von weit über 100 000 Ausreiseanträgen, Verhinderung der Pflege kultureller Eigenart), oder wird die Bundesregierung eine besondere gemischte Kommission zur Normalisierung durch Erfüllung der Menschenrechtsverpflichtungen und als Voraussetzung weiterer hoher finanzieller Opfer fordern?
23. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Wie wird die Bundesregierung die Aufforderung der Schweizer Bundesregierung in Bern beantworten, Waschtschenko in die Schweiz zurückzuschicken (vgl. Zeit-Magazin vom 2. März 1984)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

24. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bildschirmtext-Verkehr nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz und § 100a Strafprozeßordnung in derselben Weise überwacht werden kann, wie der Telefonverkehr?
25. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang und aus welchem Grunde bei Bundesbehörden, Bundesbetrieben, Bundesanstalten und bundesunmittelbaren Versicherungsträgern Überstunden geleistet werden?
26. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Hält die Bundesregierung solche Überstundenleistungen aus arbeitsmarktpolitischen Gründen für vertretbar, und ist sie bereit, die Bundesbehörden etc. aufzufordern, anstelle von Überstundenleistungen Neueinstellungen vorzunehmen?
27. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Auf welcher Rechtsgrundlage läßt die Bundesregierung Bürger, die Schriften und Materialien bei ihr (Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Verteidigung) bestellen, durch das Bundesamt für Verfassungsschutz überprüfen?
28. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Speichert die Bundesregierung oder das Bundesamt für Verfassungsschutz die Namen von Bürgern, die bei ihr Schriften und Material bestellen?
29. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die dazu führten, daß der Antrag auf politisches Asyl des in Afghanistan gefangengenommenen und über die Schweiz in die Bundesrepublik Deutschland geratenen sowjetischen Soldaten Jurij Iwanowitsch Waschtschenko abgelehnt worden ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit diesem Asylbegehren stattgegeben wird?
30. Abgeordneter
**Stahl
(Kempfen)**
(SPD) Wird die Bundesregierung dafür eintreten und welche Chancen sieht sie zur Durchsetzung, daß künftig im näheren Grenzbereich zu Nachbarländern, wie z. B. den Niederlanden, bei zu erstellenden Industrieanlagen, auch Kraftwerken und deren Umrüstung, mit Immissionsauswirkungen auf die Umwelt, grenzüberschreitende Einsprüche möglich werden, um Anhörungen von Verwaltungen und Bürgern beiderseits der Grenze zu ermöglichen, ehe die Genehmigungen der jeweiligen Staatsaufsichtsbehörden zu grenzüberschreitenden Umweltbelastungen führen?
31. Abgeordneter
**Stahl
(Kempfen)**
(SPD) Welche Möglichkeiten und Wege sieht die Bundesregierung, die für die Umstellung des Kraftwerkes Maaszentrale in Buggenum, Niederlande, von Öl auf Importkohle an der niederländischen Grenze bei Niederkrüchten und Brüggen am Niederrhein gegebene Ausnahmegenehmigung bezüglich der Abgabe von Schadstoffimmissionen, die wohl wesentlich höher liegen als die in der Großfeuerungsanlagen-Verordnung der Bundesrepublik Deutschland, so zu beeinflussen, daß eine Abänderung der Genehmigung mit dem Ziel des Einbaus einer Entschwefungsanlage doch noch erreicht werden kann?

32. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Tritt die Bundesregierung grundsätzlich für die Abschaffung der Kontrollen des Personenverkehrs an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft ein, und welche Maßnahmen hat sie zur Verwirklichung dieses Zieles bisher ergriffen?
33. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche THW-Bereiche in der Bundesrepublik Deutschland werden durch die Neuorganisation so negativ wie Straubing betroffen, wo Regierungsbezirks-, Rettungszweckverbands-, Polizeidirektionsbereichs- und Planungsregionsgrenzen überschritten werden?
34. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie ist in Katastrophenfällen eine gleichwertige optimale Hilfe so wie in der Vergangenheit sichergestellt?
35. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Kann nach der Grußadresse, mit der die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) der DKP Anfang Januar dieses Jahres deren 7. Parteitag „solidarische Grüße“ übermittelt, ihm „eine kämpferische Atmosphäre“ gewünscht und der DKP weiterhin ihre Zusammenarbeit u. a. bei der „Mobilisierung zu den diesjährigen Ostermärschen“ und „dem Nationalen Widerstand“ angeboten hat, und den Erkenntnissen der Bundesregierung noch die kommunistische Beeinflussung der DFG-VK und deren enge Zusammenarbeit mit den moskautreuen Kommunisten in Zweifel gezogen werden, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Distanzierungsbeschlüsse der Friedensbewegung gegenüber verfassungsfeindlichen Organisationen wie z. B. der DKP?
36. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Tatsache bei, daß die KPdSU mit Grigorij Romanow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, und einem weiteren ZK-Mitglied und die SED mit Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, und weiteren ZK-Mitgliedern führende Vertreter zum 7. Parteitag der DKP vom 6. bis 8. Januar 1984 in Nürnberg entsandt hat, obwohl die DKP bei einem Wahlerfolg von 0,3 v. H. laut der FAZ vom 6. Januar 1984 eher als „Kümmerling unter den kommunistischen Parteien im Westen“ auffällt?
37. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß nach einer Meldung der FAZ vom 6. März 1984 „Kampftruppen der DKP“ die Mitglieder eines vietnamesischen Musiktheaters im Februar dieses Jahres in München hermetisch gegenüber der Außenwelt abschirmten, um Asylansprüche von Ensemblemitgliedern zu verhindern, und wenn ja, sind der Bundesregierung Reaktionen der Länderinnenminister bekannt?
38. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)
- Ist die Tatsache, daß die Konferenz der Landesschülervertretungen, die Mitte Dezember 1983 in Köln einen Kongreß unter dem Motto „Schülerpower gegen Raketenbauer“ veranstaltete, zum 7. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) im Januar dieses Jahrs einen Vertreter entsandte und

in einem Grußschreiben „Herzliche und solidarische Grüße“ übermittelte, den Beitrag der DKP zur „Demokratischen und Friedensbewegung“ hervorhob und die Hoffnung „auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit“ mit der DKP äußerte, ein Anzeichen für eine zunehmende erfolgreiche Beeinflussung gesellschaftlicher Gruppen durch die DKP, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

39. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung im Rahmen der beobachtenden Tätigkeit des Verfassungsschutzes Anhaltspunkte für die Annahme bekanntgeworden, daß die DKP ihre Bemühungen, Sozialdemokraten für eine Zusammenarbeit zu gewinnen (vgl. S. 55 unter 2.1.1 des Verfassungsschutzberichtes 1982) fortgesetzt und Erfolg damit gehabt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die Arbeit der Kleintierzuchtvereine in der Bundesrepublik Deutschland mittel- oder kurzfristig als gemeinnützig anzuerkennen, und wie hoch wäre der eventuelle finanzielle Aufwand für den Bund, um steuerlich die Gemeinnützigkeit solcher Vereine zu erreichen?

41. Abgeordneter
Dr. Rumpf
(FDP)

Unterstützt die Bundesregierung Bestrebungen, die Vereine der Kleintierzüchter, die einen wesentlichen Beitrag zum Tier- und Umweltschutz leisten, steuerlich zu entlasten?

42. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)

Aus welchen Gründen wird der von den Kleingartenvereinen im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung verfolgte gemeinnützige Zweck nicht allgemein als besonders förderungswürdig und damit spendenbegünstigt anerkannt?

43. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den Beitrag, den die Kleingartenvereine etwa durch die Schaffung von Grünflächen, Dauerkleingärten und Kleingartenanlagen für die Landschaftspflege und die nachhaltige Verbesserung des gesamten Lebensraumes und der Lebensqualität leisten, gerade auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt allgemein als besonders förderungswürdigen gemeinnützigen Zweck anzuerkennen?

44. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)

Werden die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat der VEBA sicherstellen, daß die Bußgelder des Bundeskartellamtes gegen die VEBA-Glas AG von den Verantwortlichen im Unternehmen und nicht auf Umwegen aus der Unternehmenskasse gezahlt werden?

45. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Hat der Bundeskanzler bei seinem US-Aufenthalt Gespräche über die Verwirklichung des sogenannten „Master-Restationing Plan“ (MRP) geführt und dabei Zusagen gemacht, daß die Kosten der Realisierung ganz oder teilweise aus dem Bundeshaushalt getragen werden?

46. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Warum ist es nach dem Gesetz über Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nicht möglich, daß ein erwerbsunfähig gewordener Sparer seinen Sparvertrag vorzeitig und ohne Nachteil auch dann auflösen kann, wenn er zum Nachweis der eingetretenen völligen Erwerbsunfähigkeit seinen Bescheid über den Erhalt einer Erwerbsunfähigkeitsrente anstelle eines Behindertenausweises vorlegt?
47. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wann wird die Bundesregierung entsprechend der Ankündigung von Bundesminister Dr. Schneider einen Gesetzentwurf vorlegen, der eine Verkürzung der Sperrfrist für Bauspardarlehen von zehn auf sieben Jahre zum Inhalt hat?
48. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Pressemeldungen (Schwäbische Zeitung vom 8. März 1984) zu, wonach der Europäische Gerichtshof jetzt entschieden habe, daß bei der unerlaubten Einfuhr von Betäubungsmitteln in ein Mitgliedsland der EG keine Einfuhrumsatzsteuer entstehe, und teilt die Bundesregierung bejahendenfalls die Besorgnis, daß durch dieses Urteil der Schmuggel mit Rauschgiften finanziell erleichtert würde, fände es in der Bundesrepublik Deutschland allgemeine Anwendung?
49. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Berichte der Kieler Rundschau vom 9. März 1984 zu, daß die Bundesregierung die Zuwendungen von über 500 Millionen DM an den Salzgitter Konzern von der Auflage abhängig macht, ein Entlassungskonzept vorzulegen, bei dem 10 000 Mitarbeiter arbeitslos würden?
50. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einer schleichenden, nicht offenen Diskriminierung von Ausländern beim Abschluß von Kraftfahrzeug-Versicherungen entgegenzuwirken, insbesondere der Tatsache, daß Ausländern bei der Kraftfahrzeug-Haftpflicht meist nur die gesetzlich vorgeschriebene Mindesthaftpflicht zugestanden wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

51. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie viele Zuwendungsleitstellen für die öffentlich geförderte Betriebsberatung gibt es, und nach welchen Kriterien werden Zuwendungsleitstellen ausgewählt?
52. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit der Arbeit der Zuwendungsleitstellen gemacht, und beabsichtigt sie Änderungen, z. B. einen Ausbau des Systems im Verbändebereich?
53. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um einer Erhöhung der Schwefeldioxidemissionen aus Kohlekraftwerken entgegenzuwirken, wenn in diesen Kraftwerken innerhalb der nächsten drei Jahre vermehrt Ballastkohle verfeuert wird, weil innerhalb der nächsten zehn Jahre auf Grund der Großfeuerungsanlagen-Verordnung insgesamt rund 10 000 Megawatt an Ballastkohlekraftwerken stillgelegt werden dürften und dann somit kaum noch Absatzchancen für Ballastkohle vorhanden sein werden?

54. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Weshalb unterstützt die Bundesregierung durch den geplanten Austausch von 1,7 Millionen Tonnen Ballastkohle aus der nationalen Steinkohlereserve gegen Vollwertsteinkohle diese Bestrebungen, die kurzfristig eine Erhöhung der Schwefeldioxidemission mit sich bringen, wie dies auch in einem Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages eingeräumt wurde?
55. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Staatssekretär Dr. Schlecht, daß der Abbau bürokratischer Hemmnisse durch die Liebe der Beamten zu den selbstgeschaffenen Vorschriften und durch Bedenken betroffener Fachverbände der Wirtschaft behindert wird, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie wurde sichergestellt, daß ab 1. Januar 1984 keinerlei Schildkrötenprodukte zu kommerziellen Zwecken in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, und liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß nach dem 1. Januar 1984 versucht wurde, das Einfuhrverbot zu umgehen?
57. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Schildkrötenprodukte wurden nach dem 1. Januar 1984 in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt, und welche Konsequenzen sind aus dieser Einfuhr gezogen worden?
58. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über unterschiedliche Handhabung von Denaturierung und Verfütterung von Magermilchpulver in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen, um Wettbewerbsgleichheit herzustellen?
59. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Weise sind die Forschungsvorhaben im Bereich nachwachsender Rohstoff-Energien zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft koordiniert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

60. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welchen kostendämpfenden Effekt bei den Gesamtausgaben für die Krankenhausbehandlung brachte die zum 1. Januar 1983 in Kraft getretene Regelung der 5 DM Eigenbeteiligung für die ersten 14 Tage bei Krankenhausaufenthalt?
61. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Mit welchen finanziellen Kosten und Folgekosten wurde unser Sozialsystem und die Volkswirtschaft insgesamt durch Arbeitsunfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen 1983 belastet, und wie lauteten die entsprechenden Daten 1958?

62. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- War der Bundesregierung bei der Neuordnung des Rechts der unentgeltlichen Beförderung von Schwerbehinderten bekannt, wie einschneidend sie damit das Leben von zum Beispiel schwerbehinderten Heimbewohnern mit geringem Taschengeld einschränkt bzw. belastet, und welche soziale Begründung führt sie für diese Maßnahme an?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

63. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele Menschen sind seit Beginn der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland Opfer militärischer Tätigkeiten geworden?
64. Abgeordnete
Frau
Schoppe
(DIE GRÜNEN)
- Bei wie vielen handelt es sich um Opfer von Manövern, und wie viele Zivilpersonen sind Betroffene?
65. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in dem Artikel „Frust durch Frost“ in der Zeitschrift „Heer“, 2/84 geäußerte Kritik an der Winterrüstung unserer Soldaten?
66. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es sich hier um vereinzelte Kritik handelt, oder ob die Soldaten generell mit ihrer Winterrüstung unzufrieden sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, neue Kampfschuhe und Feldparkas zu erproben?
67. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß in den jedermann zugänglichen Protokollen des US-Repräsentantenhauses (konkret: Hearings to authorize certain construction at military installations for fiscal year 1984 and for other purposes before the military installations and facilities subcommittee of the committee on armed services — House of Representatives — 98. Congress, first Session, Washington 1983, S. 609) der Ort Wüschheim im Hunsrück offen als Operationsbasis für atomar bestückte Atomraketen des Typs Cruise Missiles GLCM in der Bundesrepublik Deutschland („operations facility in the 4th country“) angegeben wird, und welchem Zweck dienen die Rodungs- und Bauarbeiten, die seit Anfang Februar 1984 an der Landesstraße zwischen der Ortschaft Hasselbach und der B 327 neben der ehemaligen Nike-Hercules-Stellung vorangetrieben werden?
68. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um dem in der Rede Henry Kissingers am 13. Januar 1984 im Palais d'Egmont anläßlich der Konferenz des Zentrums für strategische und internationale Studien der George Town Universität Washington geweckten Eindruck zu entgegnen, daß die Verbündeten der USA in der NATO, damit auch die Bundesrepublik Deutschland, „innenpolitischen Anliegen den Vorrang über einen ernsthaften Ausbau der Verteidigung geben“?

69. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie groß war bisher das Blutspendenaufkommen von Bundeswehrangehörigen in Institutionen der Bundeswehr, und was ist dann mit diesen Blutspenden bisher geschehen?
70. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung in Zukunft das Blutspendenwesen und die Blutspendenweiterverarbeitung in der Bundeswehr zu organisieren?
71. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wie viele Einrichtungen in den Niederlanden werden von der Bundeswehr im Rahmen des Verteidigungsauftrages der NATO in Anspruch genommen?
72. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welche Sicherheitsmaßnahmen bestehen von deutscher Seite aus gegen die Einfuhr von Rauschgift durch Bedienstete der Bundeswehr, die in den Niederlanden tätig sind?
73. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der Wehrbereichsverwaltung VI (München) 1 135 Akten der Jahrgänge 1977 bis 1982 — Schadensregulierungen von Manöverschäden betreffend — spurlos verschwunden sind, und wie hoch ist schätzungsweise die dabei zur Regulierung anstehende Summe?
74. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD) Sind der Bundesregierung ähnliche organisatorische und personelle Fehlleistungen auch von anderen Wehrbereichsverwaltungen bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung insgesamt dagegen zu tun?
75. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU) Gibt es für die Kreiswehrrersatzämter und insbesondere für das Solinger Kreiswehrrersatzamt Neuordnungspläne auf Grund eigener Überlegungen der Bundesregierung oder infolge von Empfehlungen des Bundesrechnungshofes?
76. Abgeordneter
Wilz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß das Kreiswehrrersatzamt Solingen entgegen einer bekanntgewordenen ÖTV-Verlautbarung und im Gegensatz zu Plänen der früheren Bundesregierung in jedem Falle als bewährte und bürgernahe Bundeswehrrdienststelle zu erhalten ist?
77. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Wie viele Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer von Soldaten sind derzeit anhängig, deren Bearbeitung in die Zuständigkeit von Prüfungsausschüssen und -kammern fällt, die noch nicht gebildet worden sind, und wie lauten die entsprechenden Zahlen für Wehrpflichtige, die schon einberufen sind, ihren Dienst aber noch nicht angetreten haben?
78. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Ist es zutreffend, daß das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 26. Mai 1970 (E 28, 262) ausgeführt hat, daß einem Kriegsdienstverweigerer vor Abschluß seines Anerkennungsverfahrens in Friedenszeiten die Leistung von Wehrrdienst für eine kurze Übergangszeit nur zugemutet werden könne, wenn das Anerkennungsverfahren mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird, und

- wie will die Bundesregierung angesichts der teilweisen Funktionsunfähigkeit der Prüfungsausschüsse und -kammern sicherstellen, daß diesem Verfassungsgebot für Soldaten, die einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt haben, Rechnung getragen wird?
79. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Trifft die Feststellung des Bundesbeauftragten für den Zivildienst (WDR 17. Februar 1984) zu, daß von den zu wählenden 119 Prüfungsausschüssen bis zu diesem Zeitpunkt ganze 15 ihre Arbeit aufgenommen haben, und wie verteilen sie sich auf die einzelnen Bundesländer?
80. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Was hat die Bundesregierung getan, um den Übergang auf die neue Regelung ab 1. Januar 1984 ohne Arbeitsstillstand der Prüfungsausschüsse sicherzustellen?
81. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Wie viele Kriegsdienstverweigerungs-Antragsteller sind vom „Stillstand der Rechtspflege“ betroffen, und was geschieht mit ihnen bis zum Abschluß des Prüfungsverfahrens?
82. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Warum wurde die Kriegsdienstverweigerungsverordnung erst am 2. Januar 1984 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, und räumt die Bundesregierung ein, daß die kommunalen Vertretungskörperschaften deshalb nicht in der Lage waren, die notwendigen Wahlen für die Beisitzer in den Ausschüssen rechtzeitig durchzuführen?
83. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Warum sieht die Kriegsdienstverweigerungsverordnung für die Wahl der Beisitzer die paritätische Berücksichtigung von Frauen und Männern vor, obwohl der Bundesminister der Verteidigung dieser Frage — die auch die Wahl bei den kommunalen Vertretungskörperschaften verzögert — eine geringere Bedeutung zumißt?
84. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Wahl der Prüfungsausschüsse im Wege einer Eilentscheidung durch die Kommunen zu beschleunigen, und was hat sie gegebenenfalls getan, um auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen?
85. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Kriegsdienstverweigerungs-Anträge aus dem zweiten Halbjahr 1983, die von den Prüfungsausschüssen noch in 1983 bearbeitet worden sind?
86. Abgeordnete
Frau Dr. Czempiel
(SPD) Ist es, entgegen der Zusage des Bundesverteidigungsministers, alle Kriegsdienstverweigerungs-Ausschüsse bis zum Abbau des Staus arbeitsfähig zu erhalten, im zweiten Halbjahr 1983 zur Einstellung der Arbeit von Prüfungsausschüssen u. a. wegen Nichtverlängerung von Zeitverträgen der Ausschußvorsitzenden gekommen?

87. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD) War der Bundesregierung bewußt, daß dadurch nur noch wenige Antragsteller in den „Genuß“ des 16monatigen Zivildienstes kommen?
88. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Akten mit unbearbeiteten Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung immer noch nicht alle dem Bundesamt für Zivildienst zugestellt wurden, und wenn ja, worauf ist das zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

89. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) War der Bundesregierung bei ihrer „Formulierungshilfe“ für den Kriegsdienstverweigerungs-Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen bewußt, daß durch die Anlehnung an die Wahl der Jugendschöffen, bestimmte Berufsgruppen, die in der Vergangenheit besonders engagiert die Interessen von Kriegsdienstverweigerern vertreten haben — wie beispielsweise Pfarrer — zukünftig von der Mitwirkung in den Kriegsdienstverweigerungs-Ausschüssen ausgeschlossen würden?
90. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Wie wirkt sich die zum Erliegen gekommene Tätigkeit der Prüfungsausschüsse auf die Besetzung von Zivildienststellen aus?
91. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung detailliert darlegen, welche Schritte sie unternommen hat und mit welchem Erfolg, um den Wünschen und Forderungen der Entschließung des Deutschen Bundestages, die er anläßlich der Beschlußfassung zum Vierten Gesetz zur Änderung des Weingesetzes am 23. Juni 1982 gefaßt hat, im einzelnen nachzukommen?
92. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung hinsichtlich Überwachung und Kontrolle sowohl der eingeführten Weine aus der EG und Drittstaaten als auch der ausgeführten Weine neue Erkenntnisse gewonnen, die Einfluß auf die Gesetz- und Verordnungsgebung haben könnten?
93. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN) Sind der Bundesregierung die durch das Magazin „Monitor“ am 28. Februar 1984 veröffentlichten Ergebnisse der Untersuchungen von Muttermilchstichproben durch den internationalen Experten auf dem Gebiet der Dioxin-Chemie, Professor Rappe (Schweden) bekannt, wonach in diesen Proben bis zu ein Milliardstel Gramm/Liter dem Seveso-Gift vergleichbares Dioxin gefunden wurde?
94. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Professor Rappe, wonach dieses Gift nachweisbar aus der Flugasche von Haus- und Sondermüll-Verbrennungsanlagen in den menschlichen Körper gelangt ist, und was gedenkt die Bundesregierung als Sofortmaßnahme zu unternehmen, um eine weitere Gefährdung der Bevölkerung zu verhindern?

95. Abgeordnete
Frau
Dr. Vollmer
(DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung im Rahmen der Novellierung des Zivilschutzgesetzes einen Erlaß von Vorschriften für die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall, und ist sie bereit, die vorliegenden Entwürfe der Öffentlichkeit bekanntzumachen?

Bonn, den 9. März 1984

